

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT

über die Sitzung

des Gemeinderates

am **Dienstag, den 04.05.2021**
Beginn: 20:00 Uhr
Ende: 21:22 Uhr

In Kaltenleutgeben, Hauptstr. 76, Turnsaal.
Die Einladung erfolgte am 28.04.2021 durch
Kurrende.

ANWESEND WAREN:

Vorsitzende(r)

Bgmstin. Bernadette Schöny, BA

stv. Vorsitzende(r)

Vzbgm. Gabriele Gerbasits

Geschäftsführende Gemeinderäte

gfhr. GR Dr. Johann Schadwasser

gfhr. GR Theresa Edtstadler, MSc

gfhr. GR DI. Peter Sedlbauer

Gemeinderäte

GR Erika Schmidt

GR Hans Georg Krutak

GR Ernst Glaser

GR Daniel Steinbach

GR Elisabeth Arrer

GR Eva-Maria Müller

GR Doris Embacher

GR DI. Wolfgang Kastenhofer

gfhr. GR Ing. André Stöger

gfhr. GR Sonja Häusler

gfhr. GR Peter Fuchs

GR Dkfm. Gottfried Hell

~~GR Martina Schorz~~

GR Mag. Patricia Lorenz

GR Martin Wild

GR Ing. Erich Hofbauer

GR Matthias Hauer

GR Ewald Simandl

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

Martina Bejvl als Schriftführerin

ENTSCHULDIGT ABWESEND WAREN:

GR Schorz

Vorsitzende: Bürgermeisterin Bernadette Schöny, BA

Die Sitzung war öffentlich.
Die Sitzung war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls des Umlaufbeschlusses vom 25.3.2021
2. Projekt "Gemeinde21"
3. Eröffnungsbilanz 2020
4. Rechnungsabschluss 2020
5. Resolution zur Änderung der Flüchtlingspolitik
6. Allfälliges

VERLAUF DER SITZUNG

Pkt. 1 **Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls des Umlaufbeschlusses vom 25.3.2021**

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass gegen das Sitzungsprotokoll des Umlaufbeschlusses vom 25.3.2021 keine Einwände erhoben wurden.

Das Protokoll gilt daher als genehmigt.

Pkt. 2 **Projekt "Gemeinde21"**

Die Aktion Gemeinde21 in NÖ stellt die Aktivitäten der Gemeinde in einen globalen und europäischen Zusammenhang.

Im September 2015 unterzeichneten 193 Mitgliedsstaaten bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen am UNO-Nachhaltigkeitsgipfel in New York eine Partnerschaft für Frieden, Wohlstand für alle Menschen und für den Schutz der Umwelt und des Klimas: die Agenda 2030. Mit der Unterzeichnung wurden erstmals global gültige Nachhaltigkeitsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs) beschlossen. Die Agenda 2030 bietet damit Leitlinien für nachhaltige Entwicklung auf wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Ebene an und baut auf dem Prinzip auf, alle Menschen miteinzubeziehen.

Die Aktion Gemeinde21 in NÖ unterstützt Gemeinden, eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen zu finden.

Das Ziel ist, ein Leitbild für die Gemeinde mit einer hohen nachhaltigen Wirkung zu erarbeiten. NÖ Regional begleitet die Gemeinde bei der Ausarbeitung und Verwirklichung des Ziels. Ein Kurzkonzept zur Landesaktion Gemeinde21 wurde bereits erstellt.

Für die Beratungsleistung wurde ein Angebot vom 6.4.2021 übermittelt. Die jährlichen Kosten wurden mit netto € 9.883,33 indexangepasst beziffert, abzüglich einer Förderung seitens der NÖ Landesregierung-Landesgeschäftsstelle für Dorf-erneuerung in der Höhe von € 5.300,--. Die Verrechnung erfolgt halbjährlich. Der Leistungszeitraum beginnt mit 1.7.2021 und endet mit 30.6.2025.

Wenn die Gemeinde bei der Aktion Gemeinde21 teilnimmt, besteht die Möglichkeit für verschiedene Projektförderungen. Für folgende Projekte wurden bereits Einreichungen gemacht: Freizeitanlage Eiswiese, Ortseinfahrt, Sicherheitszentrum und mehrjährige Straßenbegrünung

Im Gemeinderat soll die Teilnahme an der Aktion Gemeinde21 des Landes NÖ beschlossen werden.

Die Bürgermeisterin stellt nach Vorberatung im Gemeindevorstand den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge das Angebot des Landes Niederösterreich annehmen und an dem Projekt Gemeinde21 teilnehmen.

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 3 Eröffnungsbilanz 2020

Gemäß § 84a NÖ Gemeindeordnung 1973 hat die Gemeinde bei der erstmaligen Anwendung der Grundlagen der kommunalen Buchführung eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Die Eröffnungsbilanz umfasst ausschließlich die erstmalige Erstellung der Vermögensrechnung zum Eröffnungsbilanzstichtag 1.1.2020.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 10.12.2019 die Bewertungsgrundlagen für die Eröffnungsbilanz beschlossen. Auf Basis dieses Gemeinderatsbeschlusses und unter Bedacht auf die gesetzlichen Vorgaben wurde eine Bewertung der Sachanlagen vorgenommen.

Die Aktiva und Passiva der Eröffnungsbilanz ergibt eine Gesamtsumme von € 63.548.535,09. Die Eröffnungsbilanz wurde im Finanzausschuss am 4.3.2021 beraten.

Die Bürgermeisterin stellt nach Vorberatung im Gemeindevorstand den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge die Eröffnungsbilanz 2020 beschließen.

Zur Debatte sprach: Vzbgm. Gerbasits

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 4 Rechnungsabschluss 2020

Vzbgm. Gabriele Gerbasits berichtet als Finanzreferentin über die Erstellung des Rechnungsabschlusses.

Der Rechnungsabschluss 2020 weist folgende Eckpunkte auf.

Im Ergebnishaushalt sind Erträge von (Seite 21) € 7.759.539,56 und Aufwendungen in der Höhe von € 7.528.292,81 verzeichnet.

Es ergibt sich damit ein Nettoergebnis von € 231.246,75 davon wurden € 236.818,51 aus der Haushaltsrücklage entnommen und € 468.065,26 der Haushaltsrücklage wieder zugewiesen. Womit sich ein Nettosaldo von 0 ergibt.

Im Finanzierungshaushalt (Seite 51) stehen Einzahlungen bei der operativen Gebarung von € 7.664.832,94 Auszahlungen von € 6.534.958,32 gegenüber.

In der investiven Gebarung stehen Einzahlungen von € 126.874,46 Auszahlungen von € 1.055.475,50. Daraus ergibt sich der Nettofinanzierungssaldo (Saldo 3) in der Höhe von € 201.273,18.

Der Anfangsstand der liquiden Mittel zum 31.12.2019 ergab einen Betrag in der Höhe von € 2.761.831,32. Der Endbetrag der liquiden Mittel zum 31.12.2020 ergab eine Summe von € 2.560.061,80. Daraus errechnet sich die Veränderung der liquiden Mittel zum Jahresende (Saldo 7) mit € -201.769,52.

Aufbauend auf der Ergebnisrechnung ergibt das kumulierte Haushaltspotential einen Endbestand von € 629.963,03.

Der Rechnungsabschluss wurde im Finanzausschuss 4.3.2021 beraten.

Der Rechnungsabschluss wurde in der Zeit vom 5.3. bis 19.3.2021 zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt und wurden ha. keine Stellungnahmen eingebracht.

Die Bürgermeisterin stellt nach Vorberatung im Gemeindevorstand den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge den Rechnungsabschluss 2020 beschließen.

Zur Debatte sprachen: Vzbgm. Gerbasits, gflr. GR DI Sedlbauer, Bgm. Schöny, BA

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 5 Resolution zur Änderung der Flüchtlingspolitik

Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund des Antrags gemäß § 46 Abs. 1 der NÖ Gemeindeordnung der Fraktion der Sozialdemokratischen Gemeinderäte in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung aufgenommen.

Resolution zur Änderung der Flüchtlingspolitik

Die Coronakrise zeigt klar und deutlich, wie unverzichtbar die Gemeinden für die Krisenbewältigung sind. Diese Funktion trifft Kaltenleutgeben nicht nur, wenn es um organisatorische Hilfe unmittelbar im Ort geht. In den Gemeinden findet soziales Miteinander, gesellschaftlicher Austausch und Ausgleich, Integration und das tägliche Leben der Grund- und Menschenrechte tagtäglich statt. Jede Gemeinde ist den europäischen Grundrechten, den Menschenrechten unserer Verfassung verpflichtet und jeder Mensch genießt diese Rechte.

Diese Rechte sind keine akademischen Werte theoretischer Natur, sondern Ergebnisse eines langen und steinigen historischen Weges. Sie bestimmen unser Dasein. Die Ignoranz dieser Werte gefährdet unzählige Menschenleben und letztlich auch unser eigenes soziales Miteinander.

Größte Verletzungen der Menschenrechte durch Unterlassen von Hilfeleistungen, massive Beeinträchtigung von physischer und psychischer Gesundheit finden aktuell täglich in Lagern der Europäischen Union statt. Diese Lager existieren teilweise seit vielen Jahren und die humanitäre Katastrophe hat sich zuletzt immer mehr zugespitzt. Seit März 2020 gibt es ein freiwilliges Hilfsprogramm der Europäischen Kommission. Die österreichische Bundesregierung verweigert bisher eine Beteiligung. Anfang September ist das Lager Moria abgebrannt. Die österreichische Bundesregierung verweigert dennoch weiterhin strikt die Aufnahme auch nur weniger Familien, notleidender Kinder oder Jugendlicher. Nach den aktuellen Berichten wird die Lage trotz zahlreicher Hilfsbekundungen tatsächlich schlimmer statt besser. Nach jüngsten Berichten gibt es weder menschenwürdige Unterkünfte noch Versorgung.

Baby und Kinder werden im Schlaf von Ratten angefressen. Diese Situation tausender Menschen in Lagern auf griechischen Inseln ist untragbar und muss dringend beendet werden.

Es ist offensichtlich, dass die österreichische Bundesregierung weder den Ernst der Lage erkannt hat, noch taugliche Lösungsversuche unternommen hat. Es ist daher die Pflicht zu zeigen und zu fordern, dass an der bürgernächsten demokratischen Ebene in Österreich, der Gemeinde, die Bereitschaft und Möglichkeit besteht, diese menschliche Schande zu beenden und gleichzeitig klar festzuhalten, dass wir zur Würde des Menschen seinen unteilbaren Rechten stehen.

Denn Menschenrechte gelten immer und überall!

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben fordert die Bundesregierung auf,

- a. schleunigst konkrete Maßnahmen zu ergreifen, sich am freiwilligen Programm zur Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Menschen von den Lagern auf den griechischen Inseln zu beteiligen, um die dort vorherrschenden menschenunwürdigen Lebensbedingungen zu beenden,*
- b. nach dem Scheitern des bisherigen Kurses der Bundesregierung in Form ausschließlicher Hilfe vor Ort auf Kosten tausender Menschen, jetzt endlich eine für Österreich angemessene Anzahl von Menschen aus diesen Lagern aufzunehmen,*
- c. die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen, um Menschen, gerade Kindern und Jugendlichen, die aus monate- und jahrelangem Martyrium unter derart unwürdigen Zuständen herausgeführt werden, erforderliche Betreuung und professionelle Begleitung zu gewährleisten.*

Zur Debatte sprachen: GR Hauer, GR Mag. Lorenz, gfhr. GR Dr. Schadwasser, Vzbgm. Gerbasits, GR DI Kastenhofer, gfhr. GR DI Sedlbauer, Bgm. Schöny, BA, gfhr. GR Ing. Stöger, gfhr. GR Häusler, GR Simandl, GR Arrer, GR Steinbach

Antrag von Vzbgm. Gerbasits:

Ich stelle den Antrag die Resolution zur Änderung der Flüchtlingspolitik an den Sozialausschuss zu verweisen, um eine gemeinsame Resolution, die konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von geflüchteten Menschen in Kaltenleutgeben beinhaltet, zu erarbeiten.

Diese Resolution soll bis zur nächsten GR-Sitzung ausgearbeitet werden, welche am 22. Juni ist.

Dem Antrag von Vzbgm. Gerbasits wird vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 6 **Allfälliges**

Keine Protokollierung

Die Abstimmungen erfolgten durch Erheben der Hand.

Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am
genehmigt – abgeändert – nicht genehmigt.

Bürgermeister

Schriftführer

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat

Gemeinderat